



Marlene Mortler (CSU)

Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227 – 72 337

📠 (030) 227 – 76 637

✉ marlene.mortler@bundestag.de
www.marlenemortler.de

Lauf, 06.03.2018

„Hebammen dürfen nicht aussterben“

Mortler besuchte Praxis in Hersbruck

Hersbruck – Obwohl die Geburtenzahlen steigen, gibt es in Deutschland immer weniger Hebammen. Ein hohes Arbeitspensum, immer mehr Bürokratie und steigende Kosten machen es Geburtshelferinnen nicht leicht. Bei einem Besuch in der Praxis von Katharina Volkert und Ute Rosenbauer in Hersbruck, sprach die Bundestagsabgeordnete Marlene Mortler mit den beiden Hebammen über ihre Arbeit, persönliche Herausforderungen und politische Stellschrauben, um den Beruf wieder attraktiver zu machen.

„Als Hebamme ist man eigentlich immer im Dienst – auch per WhatsApp, bei einem zufälligen Treffen im Supermarkt oder beim Einkaufsbummel in der Stadt“, erklärte Volkert. Neben den Standards wie Geburtsvorbereitung und Nachsorge bieten Volkert und Rosenbauer weitere Leistungen wie Stillgruppen oder Säuglingspflege-, Babymassage- oder Yoga-Kurse an. Dazu kämen immer mehr Dokumentationspflichten, so die Hersbrucker Geburtshelferinnen.

Für den Geburtsvorgang können die Hebammen eine Pauschale von 160 Euro abrechnen. „Wenn man bedenkt, dass mindestens zwei Leben in unseren Händen liegen, ist das nicht viel. Eine kleine Autoinspektion kostet ja schon mehr“, so Rosenbauer. Dem insgesamt vergleichsweise geringen Verdienst selbständiger Hebammen stünden die Kosten für Miete, Auto und Versicherung gegenüber. „Wenn wir Geburten betreuen, müssen wir uns gegen die Konsequenzen von Fehlern absichern. Die Beiträge für die Haftpflichtversicherung sind aber unglaublich hoch. Klar darf das Geld nicht im Mittelpunkt stehen. Hebamme ist man aus Leidenschaft. Ich kann trotzdem nachvollziehen, dass wir Nachwuchsprobleme haben“, sagte Volkert.

Inzwischen häufen sich in der Hersbrucker Hebammenpraxis Anfragen von außerhalb ihres Einzugsgebietes, zum Beispiel aus Nürnberg. „Manchen Frauen sind so verzweifelt, sie würden sogar mit ihren Neugeborenen bei uns vorbeikommen, weil sie einfach niemanden finden“, erklärte Rosenbauer. Wegen

PRESSMITTEILUNG

des Personalmangels seien die werdenden Mütter immer schlechter vorbereitet und hätten Angst vor der natürlichen Geburt. „Auch deswegen steigt die Zahl der Kaiserschnitte. Das kann nicht unser Ziel sein. Hebammen dürfen nicht aussterben“, ergänzte Volkert.

Mortler sagte zu, sich für die Hebammen einzusetzen. „Ihre Arbeit ist sehr wichtig für werdende und frischgebackene Mütter. Nur wer sich gut aufgeklärt und aufgehoben fühlt, kann auch entspannt an Schwangerschaft und Geburt herangehen. Hier leisten unsere Hebammen sehr viel“, sagte Mortler. In der vergangenen Legislaturperiode habe die Bundesregierung deshalb schon einiges auf den Weg gebracht wie die Einführung des Sicherstellungszuschlags. Hebammen wird damit in bestimmten Fällen bis zu 75 Prozent der Versicherungsprämie erstattet.

Rosenbauer bewertet die Maßnahme grundsätzlich positiv, jedoch sei sie damit auch von den Krankenkassen abhängig. „Das wollen wir eigentlich vermeiden“, so die Geburtshelferin. Immerhin gebe es bisher bis zum Jahr 2021 begrenzt die Möglichkeit, in eine Gruppenversicherung einzutreten. Rosenbauer begrüßte zudem die Erweiterung der Wochenbettbetreuung von acht auf zwölf Wochen nach der Geburt. „Wir brauchen dafür aber noch mehr Hebammen, die wir aktuell einfach nicht haben“, erklärte sie.

Trotz dieser Schwierigkeiten können sich die Hersbrucker Hebammen nicht vorstellen etwas anderes zu machen. „Wir lieben unseren Beruf. Deshalb lassen wir uns immer wieder etwas Neues einfallen, damit die Zeit vor, während und nach der Geburt etwas ganz Besonderes ist und bleibt“, sagte Volkert. So habe sie eine Still-Initiative ins Leben gerufen, die Müttern die Hemmungen nehmen soll. „Als ernährungspolitische Sprecherin der CSU im Bundestag, freue ich mich natürlich sehr über die Aktion“, so Mortler. Sie wolle nicht nur die Initiative unterstützen, sondern auch die Anliegen der Hebammen in Berlin und München auf den Tisch bringen.